

## **Bekanntmachung der Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Pirna**

Vom 5. Juni 2014

Aufgrund von § 2 der 3. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Pirna vom 20.05.2014 (Pirnaer Anzeiger Nr. 11/2014) wird nachstehend der Wortlaut der Hauptsatzung der Stadt Pirna in der ab 05.06.2014 geltenden Fassung bekannt gemacht. Die Neufassung berücksichtigt:

1. die 1. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Pirna vom 06.07.2004, öffentlich bekannt gemacht im Amtsblatt der Stadt Pirna „Pirnaer Anzeiger“ Nr. 14/2004 am 28.07.2004;
2. die 2. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Pirna vom 08.05.2007, öffentlich bekannt gemacht im Amtsblatt der Stadt Pirna „Pirnaer Anzeiger“ Nr. 10/2007 am 30.05.2007;
3. die 3. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Pirna vom 20.05.2014, öffentlich bekannt gemacht im Amtsblatt der Stadt Pirna „Pirnaer Anzeiger“ Nr. 11/2014 am 04.06.2014.

Pirna, 05.06.2014

Klaus-Peter Hanke  
Oberbürgermeister

### **Hauptsatzung der Stadt Pirna**

#### **Inhaltsverzeichnis**

#### **Vorbemerkung**

#### **Abschnitt I: Grundlagen der Stadt Pirna**

- § 1 Bezeichnung, Name und Rechtsstellung
- § 2 Wappen und Flagge
- § 3 Organe der Stadt

#### **Abschnitt II: Stadtrat**

- § 4 Rechtsstellung und Aufgaben
- § 5 Zusammensetzung
- § 6 Geschäftsverfahren

#### **Abschnitt III: Ausschüsse, Ältestenrat und Beiräte**

- § 7 Beschließende Ausschüsse
- § 8 Strategie- und Finanzausschuss (SFA)
- § 9 Stadtentwicklungsausschuss (SEA)
- § 10 Ausschuss für Ordnungs-, Kultur- und Bürgerschaftsangelegenheiten (OKB)
- § 11 Petitionsausschuss (PTA)
- § 12 Ältestenrat (ÄLR)

- § 13 Beiräte
- § 14 Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen dem Stadtrat und den beschließenden Ausschüssen

#### **Abschnitt IV: Oberbürgermeister/in und Beigeordnete**

- § 15 Oberbürgermeister/in
- § 16 Aufgaben des Oberbürgermeisters
- § 17 Beigeordnete

#### **Abschnitt V: Beauftragte**

- § 18 Gleichstellungsbeauftragte

#### **Abschnitt VI: Unterrichtung und Mitwirkung der Bürger- und Einwohnerschaft**

- § 19 Unterrichtung der Einwohnerschaft
- § 20 Einwohnerversammlungen
- § 20a Einwohnerantrag
- § 21 Bürgerbegehren

#### **Abschnitt VII: Ortschaftsverfassung**

- § 22 Ortschaftsverfassung der Ortschaft Graupa
- § 23 Ortschaftsverfassung der Ortschaft Birkwitz-Pratzschwitz
- § 24 (aufgehoben)
- § 25 (aufgehoben)

#### **Abschnitt VIII: Schlussvorschriften**

- § 26 In-Kraft-Treten

#### **Vorbemerkung:**

Der Name „Pirna“ wurde 1233 erstmals urkundlich erwähnt. Zur Stadt erhoben wurde Pirna in den Jahren 1234 – 1245. Die Stadt Pirna wurde auf Antrag mit Wirkung zum 1. April 1997 zur Großen Kreisstadt erklärt. Das Stadtgebiet ist 52,98 km² groß; es umfasst die Grundstücke, die innerhalb der in dieser Satzung als Anlage 1 beiliegenden Karte liegen. Diese sowie die nachfolgenden Anlagen sind Bestandteil dieser Satzung.

#### **Abschnitt I – Grundlagen der Stadt Pirna**

##### **§ 1 Bezeichnung, Name und Rechtsstellung**

Bezeichnung und Name lauten: Stadt Pirna

Die Stadt Pirna ist eine kreisangehörige Stadt mit den Rechten und Pflichten einer Großen Kreisstadt.

## **§ 2 Wappen und Flagge**

(1) Das Wappen der Stadt Pirna zeigt auf goldenem Schild einen dreifach gehügelten Berg, aus dessen Mitte ein Birnbaum mit am Stamm abgestümmelten Ästen wächst. Darüber grünes Blätterwerk mit sieben goldenen Birnen. Zu beiden Seiten des Baumes, diesem zugewandt, steigen zwei rubinfarbene Löwen auf, mit ausgeschlagenen roten Zungen und zurückgeworfenen Schwänzen, die Hinterpranken in den Berg gekrallt, die Tatzen an den Stamm schlagend. Auf dem Wappenschild sitzt ein Turnierhelm, der mit goldener und rubinfarbener Helmdecke geziert ist; darauf eine goldene dreizackige Krone, aus der wiederum ein Birnbaum mit sieben goldenen Birnen wächst.

Das Wappen ist in Anlage 2 zu dieser Satzung abgebildet.

(2) Die Verwaltung der Stadt Pirna verwendet für ihre Zwecke ein vereinfachtes Wappen, das nur den Wappenschild mit einer stilisierten Darstellung enthält (Anlage 3).

(3) Die Flagge der Stadt Pirna zeigt längsgestreift die Farben rot und gelb im Verhältnis 1:1 mit dem vereinfachten Stadtwappen in der Mitte; sie wird als Banner und als Hissfahne geführt.

Bei der Hissfahne befindet sich die rote Seite am Mast.

## **§ 3 Organe der Stadt**

Organe der Stadt sind der Stadtrat und der/die Oberbürgermeister/in (§ 1 Abs. 4 SächsGemO).

## **Abschnitt II – Stadtrat**

### **§ 4 Rechtsstellung und Aufgaben**

(1) Der Stadtrat ist die Vertretung der Bürgerschaft und das Hauptorgan der Gemeinde.

(2) Der Stadtrat legt die Grundsätze für die Verwaltung der Stadt fest und entscheidet über alle Angelegenheiten der Stadt, soweit nicht der/die Oberbürgermeister/in kraft Gesetzes zuständig ist oder der Stadtrat ihm/ihr die Aufgaben zur Erledigung übertragen hat.

(3) Der Stadtrat kann bestimmte Aufgabengebiete oder einzelne Angelegenheiten auf beschließende Ausschüsse allgemein oder im Einzelfall übertragen. Er kann jede Angelegenheit an sich ziehen.

(4) Der Stadtrat überwacht die Ausführung seiner Beschlüsse und sorgt beim Auftreten von Missständen in der Stadtverwaltung für deren Beseitigung durch den/die Oberbürgermeister/in.

### **§ 5 Zusammensetzung**

(1) Dem Stadtrat gehören der/die Oberbürgermeister/in als Vorsitzende/r und ehrenamtliche Mitglieder, welche die Bezeichnung „Stadtrat“ bzw. „Stadträtin“ führen, an.

(2) In Anwendung des § 29 Abs. 3 SächsGemO bemisst sich die Zahl der zu wählenden Mitglieder des Stadtrates nach der jeweils nächst niedrigeren Größengruppe gemäß § 29 Abs. 2.

## **§ 6      Geschäftsverfahren**

Der Stadtrat regelt seine inneren Angelegenheiten, insbesondere den Gang seiner Verhandlungen, auch für die von ihm gebildeten Ausschüsse und Beiräte durch eine „Geschäftsordnung für den Stadtrat, die Ausschüsse und Ortschaftsräte sowie die Beiräte der Stadt Pirna“ (Geschäftsordnung – GeschO).

## **Abschnitt III – Ausschüsse, Ältestenrat und Beiräte**

### **§ 7      Beschließende Ausschüsse**

(1) Es werden folgende beschließende Ausschüsse nach § 41 Abs. 1 SächsGemO gebildet:

1. Strategie- und Finanzausschuss (SFA);
2. Stadtentwicklungsausschuss (SEA);
3. Ausschuss für Ordnungs-, Kultur- und Bürgerschaftsangelegenheiten (OKB).

(2) Die beschließenden Ausschüsse bestehen aus dem/der Oberbürgermeister/in als Vorsitzende/n und 7 weiteren Mitgliedern des Stadtrates. Dieser bestellt die Mitglieder und deren Stellvertretung in gleicher Zahl widerruflich aus seiner Mitte.

(3) Den beschließenden Ausschüssen werden die in den § 8 Abs. 2, § 9 Abs. 2 und § 10 Abs. 2 dieser Satzung beschriebenen Aufgaben zur dauernden Erledigung übertragen. Soweit sich die Zuständigkeit nach Wertgrenzen bestimmt, beziehen sich diese auf einen einheitlichen wirtschaftlichen Vorgang. Die Zerlegung eines solchen Vorgangs in mehrere Teile zur Begründung einer anderen Zuständigkeit ist nicht zulässig. Bei voraussehbar wiederkehrenden Leistungen bezieht sich die Wertgrenze auf den Jahresbetrag. Die Zuständigkeit ist in analoger Form für die Hospitalstiftung gegeben.

(4) Im Rahmen ihrer Zuständigkeiten entscheiden die beschließenden Ausschüsse an Stelle des Stadtrates (§ 41 Abs. 3 Satz 1 SächsGemO).

(5) Angelegenheiten, deren Entscheidung dem Stadtrat vorbehalten sind, sollen den beschließenden Ausschüssen innerhalb ihres Aufgabengebietes zur Vorberatung zugewiesen werden. Anträge, die nicht vorberaten worden sind, müssen auf Antrag des/der Vorsitzenden oder eines Fünftels aller Stadtratsmitglieder den zuständig beschließenden Ausschüssen zur Vorberatung überwiesen werden (§ 41 Abs. 4 SächsGemO). Entscheidungen über die Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen oder ähnlichen Zuwendungen werden nicht vorberaten.

### **§ 8      Strategie- und Finanzausschuss (SFA)**

(1) Der Strategie- und Finanzausschuss ist insbesondere für folgende Geschäftsbereiche zuständig:

1. Zentrale Steuerungsangelegenheiten;  
(Kommunalverfassung, Organisation, Statistik, Wahlen, etc.);
2. Finanz- und Haushaltswirtschaft einschließlich Abgabenangelegenheiten;

3. Angelegenheiten, die Beteiligung der Stadt Pirna betreffend einschließlich Wirtschaftsförderung;
4. Personalangelegenheiten;
5. Angelegenheiten, die Hospitalstiftung der Stadt Pirna betreffend;
6. Rechnungsprüfung;
7. Erwerb, Veräußerung, Tausch und dingliche Belastung von Grundeigentum oder grundstücksgleichen Rechten sowie Bestellung von Erbbaurechten; Bewirtschaftung, Vermietung und Verpachtung der gemeindlichen Liegenschaften und Gebäude, die nicht durch die Verwaltung oder deren nachgeordnete Einrichtungen genutzt werden;
8. Feuerwehrangelegenheiten.

(2) Innerhalb der vorgenannten Geschäftskreise werden dem Strategie- und Finanzausschuss folgende Aufgaben zur dauernden Erledigung übertragen:

1. Bewilligung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen oder Auszahlungen von mehr als 30.000 Euro bis 150.000 Euro im Einzelfall, die ein Fachbereichsbudget überschreiten; entsprechende Überschreitungen innerhalb der Fachbereichsbudgets sind dem Ausschuss anzuzeigen;
2. Bewilligung von Stundungen von über einem Jahr im Wert von mehr als 30.000 Euro im Einzelfall;
3. Kreditaufnahme bis zur Höhe der Kreditermächtigung im Rahmen der Haushaltssatzung;
4. Verzicht auf Forderungen der Stadt und die Niederschlagung solcher, soweit der Wert über 30.000 Euro und bis zu 150.000 Euro liegt;
5. Verkauf und Vermietung von beweglichem Vermögen der Stadt und Stiftungsvermögen, dessen Wert im Einzelfall mehr als 30.000 Euro, aber nicht mehr als 150.000 Euro beträgt. Bei Vermietungen gilt die Jahresmiete als Wertgrenze;
6. Ernennung, Entlassung, Versetzung oder Abordnung zu einer anderen Dienststelle. Versetzung in den Ruhestand von Beamten und Beamtinnen des gehobenen Dienstes der Besoldungsgruppe A 12 und höher sowie des höheren Dienstes - ausgenommen leitende Bedienstete - im Einvernehmen mit dem/der Oberbürgermeister/in;
7. Einstellung, Höhergruppierung, nicht nur vorübergehende Übertragung einer anders bewerteten Tätigkeit. Entlassung von Angestellten der Entgeltgruppe 12 TVöD und höher - ausgenommen leitende Bedienstete - im Einvernehmen mit dem/der Oberbürgermeister/in;
8. Bestellung von hauptamtlich oder ehrenamtlich tätigen Beauftragten i.S.v. § 64 Abs. 1 Sächs-GemO auf Zeit oder auf Dauer - ab Besoldungsgruppe A 12 oder Entgeltgruppe 12 TVöD;
9. Erwerb, Veräußerung, Tausch und dingliche Belastung von Grundeigentum oder grundstücksgleichen Rechten sowie Bestellung von Erbbaurechten über 30.000 Euro bis 150.000 Euro im Einzelfall; bei Erbbaurechten wird für die Ermittlung des Zuständigkeitswertes der Erbbauzins für 50 Jahre zugrunde gelegt;
10. Abschluss von Vergleichen, wenn das Zugeständnis der Stadt im Einzelfall mehr als 30.000 Euro bis 150.000 Euro beträgt.

## **§ 9 Stadtentwicklungsausschuss (SEA)**

(1) Der Ausschuss ist für folgende Geschäftsbereiche zuständig:

1. Bauleitplanung und informelle Planungen;
2. Verkehrsplanung;
3. Grünflächenplanung und Waldbewirtschaftung;
4. Altstadtsanierung;
5. Bauordnung;
6. Hochbau;
7. Tiefbau;
8. Bauverwaltung
9. Umweltschutz, Landschaftspflege und Gewässerunterhaltung;
10. Vergaben nach VOB, VOL, VOF und HOAI;
11. Bewirtschaftung, Vermietung und Verpachtung der gemeindlichen Liegenschaften und Gebäude, die durch die Verwaltung oder deren nachgeordnete Einrichtungen selbst genutzt werden.

(2) Innerhalb der vorgenannten Geschäftsbereiche werden dem Stadtentwicklungsausschuss folgende Aufgaben zur dauernden Erledigung übertragen:

1. die Vergabe von Planungsleistungen nach den Vorschriften der HOAI in Höhe von mehr als 30.000 Euro bis 150.000 Euro im Einzelfall, jeder Nachtrag oder Zusatzauftrag wird als Einzelfall behandelt;
2. bei Gesamtbaukosten von mehr als 150.000 Euro und bis zu 1.300.000 Euro im Einzelfall, jeder Nachtrag oder Zusatzauftrag wird als Einzelfall behandelt;
  - a) die Entscheidung über die weitere Planung der Vorzugsvariante eines Bauvorhabens auf der Grundlage der Vorplanung (Leistungsphase 2 mit Kostenschätzung), sofern mehrere Varianten geplant wurden,
  - b) die Entscheidung über die Art und Weise der Ausführung eines Bauvorhabens auf der Grundlage der Entwurfsplanung (Leistungsphase 3 mit Kostenberechnung),
  - c) die Vergabe von Bauleistungen nach VOB für die Bauausführung auf der Grundlage der Leistungsphase 7 (Mitwirkung bei der Vergabe) der HOAI (Vergabebeschluss),
3. Vergabe von Leistungen nach der VOL von mehr als 30.000 Euro bis 150.000 Euro im Einzelfall, jeder Nachtrag oder Zusatzauftrag wird als Einzelfall behandelt;
4. die Beschlussfassung über Bauangelegenheiten im Sinne des Baugesetzbuches (BauGB)
  - a) die Beteiligung der Bürgerschaft durch öffentliche Auslegung der Bauleitpläne nach § 3 Abs. 2 BauGB,
  - b) die Erklärung der Stadt über Ausnahmen von der Veränderungssperre nach § 14 Abs. 2 BauGB,
  - c) die Erklärung der Stadt nach § 36 BauGB über die Zulässigkeit von Vorhaben nach den §§ 31, 33 bis 35 BauGB mit einem Rohbaukostenumfang von mehr als 250.000 Euro bis 2.500.000 Euro,
  - d) die Erklärung der Gemeinde bzw. der Widerspruch nach § 37 BauGB zu baulichen Maßnahmen des Bundes und des Landes.

5. Altstadtsanierung: Zustimmung zum Abschluss von Modernisierungsvereinbarungen mit über 50.000 Euro Kostenerstattungsbetrag im Einzelfall;
6. Beurteilung von Vorhaben nach ihrer Umweltverträglichkeit;
7. Verträge über die Nutzung von Grundstücken bei einem jährlichen Miet- oder Pachtwert von mehr als 30.000 Euro, aber nicht mehr als 150.000 Euro im Einzelfall oder einer Laufzeit von mehr als 10 Jahren;
8. die Beschlussfassung über eine erforderliche Abschnittsbildung und Kostenspaltung für die Erhebung von Straßenbaubeiträgen;
9. Abschluss von Vergleichen, wenn das Zugeständnis der Stadt im Einzelfall mehr als 30.000 Euro bis 150.000 Euro beträgt.

## **§ 10 Ausschuss für Ordnungs-, Kultur- und Bürgerschaftsangelegenheiten (OKB)**

(1) Der Ausschuss für Ordnungs-, Kultur- und Bürgerschaftsangelegenheiten (OKB) ist für folgende Geschäftskreise zuständig:

1. Sportangelegenheiten mit Ausnahme des Schulsports;
2. Sozialangelegenheiten;
3. Kinder- /Jugendangelegenheiten;
4. Kulturangelegenheiten mit Ausnahme des Stadtarchivs;
5. Städtische Förderung der Aufgaben nach 1. bis 3.;
6. Gemeindliche Schulangelegenheiten;
7. Angelegenheiten Kindertagesstätten betreffend (Kinderkrippen, -gärten und -horte)
8. Angelegenheiten, die Ordnung und Sicherheit in der Stadt betreffend;
9. Angelegenheiten, den Service gegenüber Bürgerinnen und Bürgern betreffend.

(2) Innerhalb der vorgenannten Geschäftskreise werden dem Ausschuss für Ordnungs-, Kultur- und Bürgerschaftsangelegenheiten folgende Aufgaben zur dauernden Erledigung übertragen:

1. die Bewilligung von Zuschüssen und Freigebigkeitsleistungen an Vereine, Verbände und sonstige Organisationen im Rahmen des Haushaltsansatzes von über 1.000 Euro bis 30.000 Euro;
2. Initiierung von Preisen und die Erstellung der Reglements;
3. Abschluss von Vergleichen, wenn das Zugeständnis der Stadt im Einzelfall mehr als 30.000 Euro bis 150.000 Euro beträgt.“

## **§ 11 Petitionsausschuss (PTA)**

(1) Für die Behandlung von Vorschlägen, Bitten und Beschwerden (Petitionen), die in die Zuständigkeit des Stadtrates fallen, wird ein Petitionsausschuss gebildet.

(2) Der Petitionsausschuss besteht aus 5 Mitgliedern des Stadtrates. Dieser bestellt die Mitglieder und deren Stellvertretung in gleicher Zahl widerruflich aus seiner Mitte.

(3) Der Petitionsausschuss wählt eine/n Vorsitzende/n und zwei Stellvertreter/innen aus seiner Mitte.

(4) Für das Verfahren des Petitionsausschusses gelten die Vorschriften der SächsGemO über die beratenden Ausschüsse entsprechend. Ergänzende Regelungen trifft die Geschäftsordnung für den Stadtrat, die Ausschüsse und Ortschaftsräte sowie die Beiräte der Stadt Pirna in der jeweils gültigen Fassung.

## **§ 12 Ältestenrat (ÄLR)**

Es wird ein Ältestenrat gebildet, der den Oberbürgermeister in Fragen der Tagesordnung und des Ganges der Verhandlungen berät. Das Nähere regelt die Geschäftsordnung.

## **§ 13 Beiräte**

(1) Es können nach § 47 SächsGemO folgende Beiräte gebildet werden:

- a) Beirat für Stadtentwicklung und Lokale Agenda (SLA)
- b) Beirat für soziale, kulturelle und Sportangelegenheiten (SKS)

(2) Die Beiräte bestehen aus höchstens 11 Mitgliedern. Ihnen soll jeweils ein Mitglied aus jeder im Stadtrat vertretenen Fraktion angehören. Darüber hinaus gehören den Beiräten sachkundige Einwohner und Einwohnerinnen an. Diese sollten in den entsprechenden Aufgabenbereichen über Erfahrungen verfügen oder in einschlägigen Organisationen tätig sein.

(3) Die Mitglieder werden vom Stadtrat entsprechend § 7 Abs. 2 gewählt. Die Wahlzeit endet mit Ablauf der Wahlzeit des Stadtrates.

(4) Vorsitzende/r und stellvertretende/r Vorsitzende/r des Beirates sind jeweils Mitglieder des Stadtrates, die vom Beirat aus seiner Mitte gewählt werden

## **§ 14 Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen dem Stadtrat und den beschließenden Ausschüssen**

(1) Der Stadtrat kann den beschließenden Ausschüssen allgemein oder im Einzelfall Weisungen erteilen, jede Angelegenheit an sich ziehen und Beschlüsse der beschließenden Ausschüsse, solange sie noch nicht vollzogen sind, ändern oder aufheben.

(2) Über Angelegenheiten, die in die Geschäftskreise mehrerer beschließender Ausschüsse fallen oder hinsichtlich derer strittig ist, welcher beschließende Ausschuss zuständig ist, entscheidet der Stadtrat. Widersprechen sich die Beschlüsse von zwei oder mehr beteiligten beschließenden Ausschüssen, so hat der Oberbürgermeister bzw. die Oberbürgermeisterin die Entscheidung des Stadtrates herbeizuführen.

(3) Ein Fünftel aller Mitglieder eines beschließenden Ausschusses kann eine Angelegenheit dem Stadtrat zur Beschlussfassung unterbreiten, wenn sie für die Stadt von besonderer Bedeutung ist. Lehnt der Stadtrat eine Behandlung ab, weil er die Voraussetzungen für die Verweisung als nicht gegeben ansieht, entscheidet der zuständige beschließende Ausschuss.



## **Abschnitt IV – Oberbürgermeister/in und Beigeordnete**

### **§ 15 Oberbürgermeister/in**

Der/die Oberbürgermeister/in ist Vorsitzende/r des Stadtrates und hat die Leitung der Stadtverwaltung. Er/sie vertritt die Stadt (§ 51 Abs. 1 SächsGemO).

### **§ 16 Aufgaben des Oberbürgermeisters bzw. der Oberbürgermeisterin**

(1) Der/die Oberbürgermeister/in ist für die sachgemäße Erledigung der Aufgaben und den ordnungsgemäßen Gang der Stadtverwaltung verantwortlich. Er/sie regelt die innere Organisation der Stadtverwaltung (§ 53 Abs. 1 SächsGemO).

(2) Der/die Oberbürgermeister/in erledigt in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung und die ihm/ihr sonst durch Rechtsvorschrift oder vom Stadtrat übertragenen Aufgaben (§ 53 Abs. 2 SächsGemO).

(3) Dem/der Oberbürgermeister/in wird, soweit es sich nicht schon um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt, die Erledigung folgender Aufgaben dauernd übertragen:

1. Bewilligung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen oder Auszahlungen nach § 79 SächsGemO bis zu 30.000 Euro im Einzelfall, soweit sie ein Fachbereichsbudget überschreiten.
2. Verzicht auf Forderungen der Stadt und die Niederschlagung solcher, soweit der Wert bis 30.000 Euro geht.
3. im Bereich der Gewerbesteuer Niederschlagung ohne Wertgrenze, wenn durch das Betriebsfinanzamt die Vollziehung des angefochtenen Bescheides bis zum Ablauf eines Monats nach Bekanntgabe der Einspruchsentscheidung im Rahmen der Aussetzung der Vollziehung festgesetzt wurde; sonstige Niederschlagungen ohne Wertgrenze im Rahmen der Ermittlung des Rechnungsergebnisses;
4. Bewilligung von Stundungen städtischer Forderungen
  - a) länger als ein Jahr bis zu 30.000 Euro im Einzelfall
  - b) bis zu einem Jahr ohne Wertgrenzen im Einzelfall.
5. Die Bestellung von Sicherheiten, die Übernahme von Bürgschaften und von Verpflichtungsermächtigungen aus Gewährsverträgen und der Abschluss wirtschaftlich gleichgestellter Rechtsgeschäfte, soweit sie im Einzelfall den Betrag von 30.000 Euro nicht übersteigen;
6. die Aufnahme von Kassenkrediten im Rahmen des Höchstbetrages der Haushaltssatzung;
7. Erwerb, Veräußerung, Tausch und dingliche Belastung von Grundeigentum oder grundstücksgleichen Rechten sowie Bestellung von Erbbaurechten bis zu 30.000 Euro im Einzelfall; bei Erbbaurechten wird für die Ermittlung des Zuständigkeitswertes der Erbbauzins für 50 Jahre zugrunde gelegt;
8. Verkauf und Vermietung von beweglichem Vermögen, dessen Wert im Einzelfall nicht höher als 30.000 Euro liegt. Bei Vermietungen gilt die Jahresmiete als Wertgrenze;

9. Verträge über die Nutzung von Grundstücken bei einem jährlichen Miet- oder Pachtwert bis zu 30.000 Euro, bei der Vermietung gemeindeeigener Wohnungen in unbegrenzter Höhe sowie einer Laufzeit von bis zu 10 Jahren;
10. die Bewilligung von Zuschüssen und Freigebigkeitsleistungen an Vereine, Verbände und sonstige Organisationen bis zu 1.000 Euro im Einzelfall;
11. die Vergabe von Leistungen nach den Vergabevorschriften (VOL) bis zur Höhe von 30.000 Euro im Einzelfall;
12. bei Gesamtbaukosten bis zu 150.000 Euro im Einzelfall erfolgt die Vergabe von Bauleistungen für die Bauausführung nach den Vergabevorschriften (VOB);
13. die Vergabe von Planungsleistungen nach den Vorschriften der HOAI bei einer Honorarsumme bis zu 30.000 Euro im Einzelfall;
14. Ernennung, Entlassung, Versetzung oder Abordnung zu einem anderen Dienstherren, Versetzung in den Ruhestand von Beamten des gehobenen Dienstes bis zur Besoldungsgruppe A 11;
15. Einstellung, Höhergruppierung, nicht nur vorübergehende Übertragung einer anders bewerteten Tätigkeit; Festsetzung von Vergütungen, auf die kein Anspruch aufgrund eines Tarifvertrages besteht; Entlassung von Angestellten bis zur Entgeltgruppe 11 TVöD;
16. die Bestellung von hauptamtlich sowie ehrenamtlich tätigen Beauftragten im Sinne von § 64 Abs. 2 SächsGemO – auf Zeit oder auf Dauer – bis Besoldungsgruppe A 11 oder Entgeltgruppe 11 TVöD;
17. die Gewährung unverzinslicher Lohn- und Gehaltsvorschüsse sowie die Gewährung von Arbeitgeberdarlehen im Rahmen der bestehenden Vorschriften oder der vom Stadtrat erlassenen besonderen Richtlinien;
18. die Förderung der Aus- und Fortbildung der Beschäftigten;
19. die Erklärung der Stadt nach § 19 Abs. 3 BauGB (Erteilung oder Versagung der Teilungsgenehmigung);
20. die Nichtausübung der gesetzlichen Vorkaufsrechte der Stadt.
21. die Erklärung der Stadt nach § 36 BauGB über die Zulässigkeit von Vorhaben nach den §§ 31, 33 bis 35 BauGB mit einem Rohbaukostenumfang bis zu 250.000 Euro im Einzelfall;
22. Übernahme der gesetzlichen Ausfallhaftung für öffentliche Wohnungsbaudarlehen;
23. die Erteilung von Genehmigungen und Zwischenbescheiden für Vorgaben und Rechtsvorgänge nach Kapitel 2 BauGB (Besonderes Städtebaurecht §§ 136 – 191 BauGB);
24. Zustimmung zum Abschluss von Modernisierungsvereinbarungen mit einem Kostenerstattungsbetrag im Einzelfall von bis zu 50.000 Euro;
25. den Abschluss von Verträgen mit einem jährlichen Wert von bis zu 30.000 Euro;

26. die Vergabe des Stadtwappens;

27. die Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln bis zu 30.000 Euro im Einzelfall;

28. die Durchführung von Rechtsstreitigkeiten; Abschluss von Vergleichen, wenn das Zugeständnis der Stadt im Einzelfall nicht mehr als 30.000 Euro beträgt;

29. die Entscheidung in allen Angelegenheiten der Ortschaften einschließlich der Vorhaben und Maßnahmen, die im Einzelfall Einnahmen oder Ausgaben im Wert von bis zu 30.000 Euro verursachen, für welche im Haushaltsplan Mittel zur Verfügung stehen.

(4) Der/die Oberbürgermeister/in kann die Befugnis nach Abs. 2 und 3 ganz oder teilweise gemäß § 59 Abs. 1 SächsGemO übertragen.

5) Der Oberbürgermeister muss Beschlüssen des Stadtrates widersprechen, wenn er/sie der Auffassung ist, dass sie rechtswidrig sind; er kann ihnen widersprechen, wenn er der Auffassung ist, dass sie für die Stadt nachteilig sind. Der Widerspruch muss unverzüglich, spätestens jedoch binnen einer Woche nach Beschlussfassung gegenüber den Stadträten ausgesprochen werden. Der Widerspruch hat aufschiebende Wirkung. Gleichzeitig ist unter Angabe der Widerspruchsründe eine Sitzung einzuberufen, in der erneut über die Angelegenheit zu beschließen ist; diese Sitzung hat spätestens vier Wochen nach der ersten Sitzung stattzufinden. Ist nach Ansicht des Oberbürgermeisters auch der neue Beschluss rechtswidrig, muss er ihm erneut widersprechen und unverzüglich die Entscheidung der Rechtsaufsichtsbehörde über die Rechtmäßigkeit herbeiführen.

(6) Absatz 5 gilt entsprechend für Beschlüsse, die durch beschließende Ausschüsse gefasst werden. In diesen Fällen hat der Stadtrat über den Widerspruch zu entscheiden.

## **§ 17 Beigeordnete**

(1) Als Stellvertretung des Oberbürgermeisters bzw. der Oberbürgermeisterin wird 1 Beigeordnete/r als hauptamtlicher Beamter oder Beamtin auf Zeit bestellt. Die Amtszeit beträgt 7 Jahre. Der/die Beigeordnete führt die Amtsbezeichnung „Bürgermeister“ bzw. „Bürgermeisterin“.

(2) Der Bürgermeister, die Bürgermeisterin vertritt den Oberbürgermeister neben dem Fall der Verhinderung nach § 54 Abs. 1 Satz 2 SächsGemO ständig im jeweiligen Geschäftskreis. Der Geschäftskreis wird vom Oberbürgermeister im Einvernehmen mit dem Stadtrat festgelegt. Der Oberbürgermeister kann dem Bürgermeister, der Bürgermeisterin allgemein oder im Einzelfall Weisungen erteilen.

(3) Im Falle der Vertretung des Oberbürgermeisters bzw. der Oberbürgermeisterin ist bei Bescheiden und schriftlichen Erklärungen die Amtsbezeichnung und ein als Vertretungsverhältnis kennzeichnender Zusatz (in Vertretung, i.V.) beizufügen.

(4) Der Stadtrat bestellt aus seiner Mitte zwei weitere Personen, die die ehrenamtliche Stellvertretung des Oberbürgermeisters wahrnehmen. Die Stellvertretung beschränkt sich auf die Fälle der Verhinderung des Oberbürgermeisters und des Bürgermeisters, der Bürgermeisterin. Ferner beschränkt sich die Stellvertretung auf die Fälle der Verhinderung beim Vorsitz im Stadtrat bei der Vorbereitung der Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse sowie bei der Repräsentation der Stadt. Für die Stellvertretung bei Verhinderung des Oberbürgermeisters und des Bürgermeisters, der Bürgermeisterin im Übrigen bestellt der Oberbürgermeister im Einvernehmen mit dem Stadtrat zwei Bedienstete. Die Bestellung und die Bestimmung der Reihenfolge nimmt der Oberbürgermeister vor.

## **Abschnitt V – Beauftragte**

### **§ 18 Gleichstellungsbeauftragte**

(1) Die Stadt Pirna bestellt eine Gleichstellungsbeauftragte. Sie wird vom Stadtrat gewählt und dem Oberbürgermeister zugeordnet. Die Gleichstellungsbeauftragte ist hauptamtlich tätig.

(2) Die Gleichstellungsbeauftragte wirkt auf die Verwirklichung des Grundrechts der Gleichberechtigung von Frau und Mann im Zuständigkeitsbereich der Stadt Pirna hin. Sie hat Mitwirkungs- und Initiativrecht bei allen Vorhaben, Programmen und Maßnahmen der Stadt, die Auswirkungen auf die Gleichberechtigung von Frau und Mann und die Anerkennung ihrer gleichwertigen Stellung in der Gesellschaft haben.

(3) Die Gleichstellungsbeauftragte ist in der Ausübung ihrer Tätigkeit unabhängig. Sie hat das Recht, an den Sitzungen des Stadtrates und der für ihren Aufgabenbereich zuständigen Ausschüssen mit beratender Stimme teilzunehmen. Ein Antrags- oder Stimmrecht steht der Gleichstellungsbeauftragten dabei nicht zu. Die Stadtverwaltung unterstützt die Gleichstellungsbeauftragte bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und beteiligt diese frühzeitig.

## **Abschnitt VI – Unterrichtung und Mitwirkung der Bürger- und Einwohnerschaft**

### **§ 19 Unterrichtung der Einwohnerschaft**

(1) Die Stadt informiert ihre Einwohnerschaft laufend über die allgemein bedeutsamen Angelegenheiten ihres Wirkungskreises.

(2) Die Unterrichtung der Einwohner und Einwohnerinnen kann in Einwohnerversammlungen, durch öffentliche Auslage, Ausstellungen, Publikationen, Veröffentlichungen und im öffentlichen Teil von Stadtratssitzungen erfolgen.

(3) Als Planungen und Vorhaben der Stadt im Sinne von § 11 Abs. 2 SächsGemO sind insbesondere anzusehen:

1. Flächennutzungsplan;
2. Verkehrsentwicklungsplan und Planung bedeutsamer Straßen sowie Straßen, für die Straßenbaubeiträge erhoben werden müssen;
3. Sonstige Entwicklungspläne von gesamtstädtischer Bedeutung;
4. Errichtung und Auflösung kommunaler Einrichtungen von gesamtstädtischer Bedeutung;
5. Planung und Aufhebung von Deponien und Abfallbeseitigungsanlagen;
6. Einrichtung großflächiger Industrie- und Gewerbebetriebe;
7. Festlegung von Trinkwasserschutzzonen;
8. Gebietsveränderungen;
9. Abwasserbeseitigungskonzept.

(4) Über die Art der Information entscheidet der/die Oberbürgermeister/in, soweit der Stadtrat nicht selbst die Entscheidung trifft.

## **§ 20 Einwohnerversammlungen**

(1) Für Einladung und Durchführung der Einwohnerversammlungen gelten die Vorschriften des § 22 und die hierzu nach § 127 Abs. 1 Nr. 1 SächsGemO erlassenen Rechtsvorschriften.

(2) Der Antrag auf Anberaumung einer Einwohnerversammlung muss – abweichend von § 22 Abs. 2 Satz 3 SächsGemO – von mindestens 5 v.H. der Einwohnerschaft, die das 16. Lebensjahr vollendet hat, unterzeichnet sein.

## **§ 20a Einwohnerantrag**

Der Stadtrat muss Stadtangelegenheiten, für die er zuständig ist, innerhalb von drei Monaten behandeln, wenn dies von den Einwohnern beantragt wird. Der Antrag muss unter Bezeichnung der zu behandelnden Angelegenheit schriftlich eingereicht werden. Der Antrag muss von mindestens fünf vom Hundert der Einwohnerschaft, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, unterzeichnet sein.“

## **§ 21 Bürgerbegehren**

(1) Die Durchführung eines Bürgerentscheides kann nach § 24 SächsGemO schriftlich von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt beantragt werden (Bürgerbegehren).

(2) Das Bürgerbegehren von mindestens fünf vom Hundert der Bürgerschaft der Stadt unterzeichnet sein.

## **Abschnitt VII – Ortschaftsverfassung**

### **§ 22 Ortschaftsverfassung der Ortschaft Graupa**

(1) In der Ortschaft Graupa wird die Ortschaftsverfassung eingeführt. Die Gemarkungen der bis 31.12.1998 bestehenden selbstständigen Gemeinde Graupa bilden die Grenzen der Ortschaft Graupa. Die Ortschaft ist in der Anlage 4 zu dieser Hauptsatzung kartografisch erfasst.

(2) Der Ortschaftsrat besteht aus acht ehrenamtlichen Mitgliedern.

(3) Der Ortschaftsrat ist zu wichtigen Angelegenheiten der Gemeinde, die die Ortschaft betreffen, insbesondere bei der Festsetzung der ortschaftsbezogenen Haushaltsansätze, zu hören. Er hat ein Vorschlagsrecht zu allen Angelegenheiten, die die Ortschaft betreffen.

(4) Die Aufgaben des Ortschaftsrates bestimmt der § 67 Abs. 1 SächsGemO. Darüber hinaus entscheidet der Ortschaftsrat über die Festlegung von Namen für Straßen und Plätze im Gebiet der Ortschaft unter dem Gebot der Vermeidung von Namensdopplungen im Stadtgebiet.

(5) Der Ortschaftsrat wählt den Ortsvorsteher und seine Stellvertretung für die Wahlperiode. Der Ortsvorsteher ist zum Ehrenbeamten auf Zeit zu ernennen.

(6) Der Ortsvorsteher vertritt den Oberbürgermeister und den Bürgermeister, die Bürgermeisterin ständig bei dem Vollzug der Beschlüsse des Ortschaftsrates. Der Oberbürgermeister und dessen Stellvertretung können dem Ortsvorsteher allgemein oder im Einzelfall Weisungen erteilen, soweit er sie vertritt. Der Oberbürgermeister kann dem Ortsvorsteher ferner in den Fällen des § 52 Abs. 2 und 4 SächsGemO Weisungen erteilen.

## **§ 23 Ortschaftsverfassung der Ortschaft Birkwitz-Pratzschwitz**

(1) In der Ortschaft Birkwitz-Pratzschwitz wird die Ortschaftsverfassung eingeführt. Die Gemarkungen der bis 31.12.1998 bestehenden selbstständigen Gemeinde Birkwitz-Pratzschwitz bilden die Grenzen der Ortschaft Birkwitz-Pratzschwitz. Die Ortschaft ist in der Anlage 5 zu dieser Hauptsatzung kartographisch erfasst.

(2) Der Ortschaftsrat besteht aus acht ehrenamtlichen Mitgliedern.

(3) Die Aufgaben des Ortschaftsrates bestimmt der § 67 Abs. 1 SächsGemO. Darüber hinaus entscheidet der Ortschaftsrat über die Festlegung von Namen für Straßen und Plätze im Gebiet der Ortschaft unter dem Gebot der Vermeidung von Namensdopplungen im Stadtgebiet.

(4) Der Ortschaftsrat ist zu wichtigen Angelegenheiten der Gemeinde, die die Ortschaft betreffen, insbesondere bei der Festsetzung der ortschaftsbezogenen Haushaltsansätze, zu hören. Er hat ein Vorschlagsrecht zu allen Angelegenheiten, die die Ortschaft betreffen.

(5) Der Ortschaftsrat wählt den Ortsvorsteher und seine Stellvertretung für die Wahlperiode. Der Ortsvorsteher ist zum Ehrenbeamten auf Zeit zu ernennen.

(6) Der Ortsvorsteher vertritt den Oberbürgermeister und den Bürgermeister, die Bürgermeisterin ständig bei dem Vollzug der Beschlüsse des Ortschaftsrates. Der Oberbürgermeister und dessen Stellvertretung können dem Ortsvorsteher allgemein oder im Einzelfall Weisungen erteilen, soweit er sie vertritt. Der Oberbürgermeister kann dem Ortsvorsteher ferner in den Fällen des § 52 Abs. 2 und 4 SächsGemO Weisungen erteilen.“

## **§ 24 (aufgehoben)**

## **§ 25 (aufgehoben)**

## **Abschnitt VIII – Schlussvorschriften**

## **§ 26 (In-Kraft-Treten)**

### **Anlagen zur Hauptsatzung:**

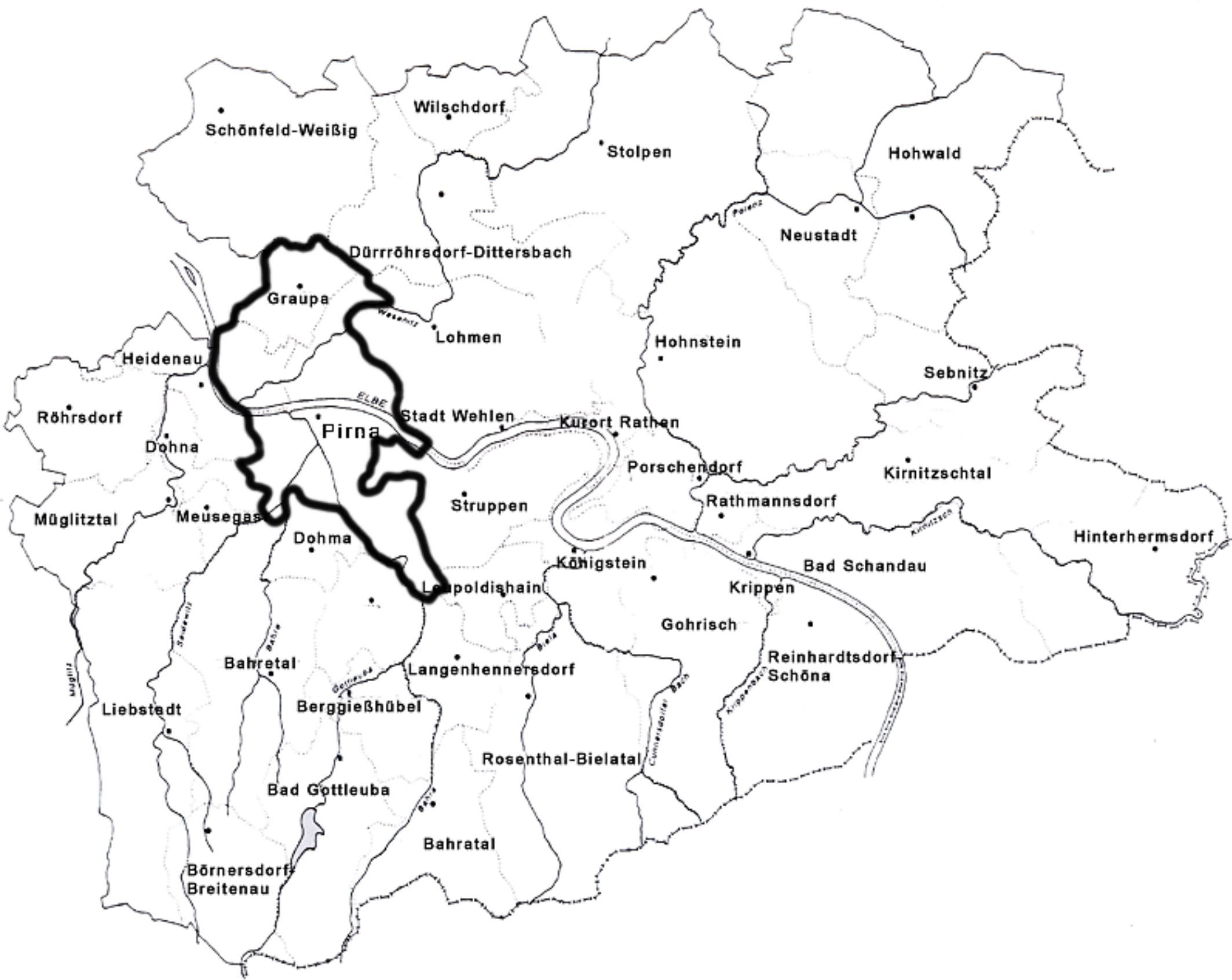
Anlage 1: **Karte des Gemeindegebietes**

Anlage 2: **Wappen**

Anlage 3: **Wappen der Verwaltung**

Anlage 4: **Kartographische Erfassung der Ortschaft Graupa**

Anlage 5: **Kartographische Erfassung der Ortschaft Birkwitz-Pratzschwitz**



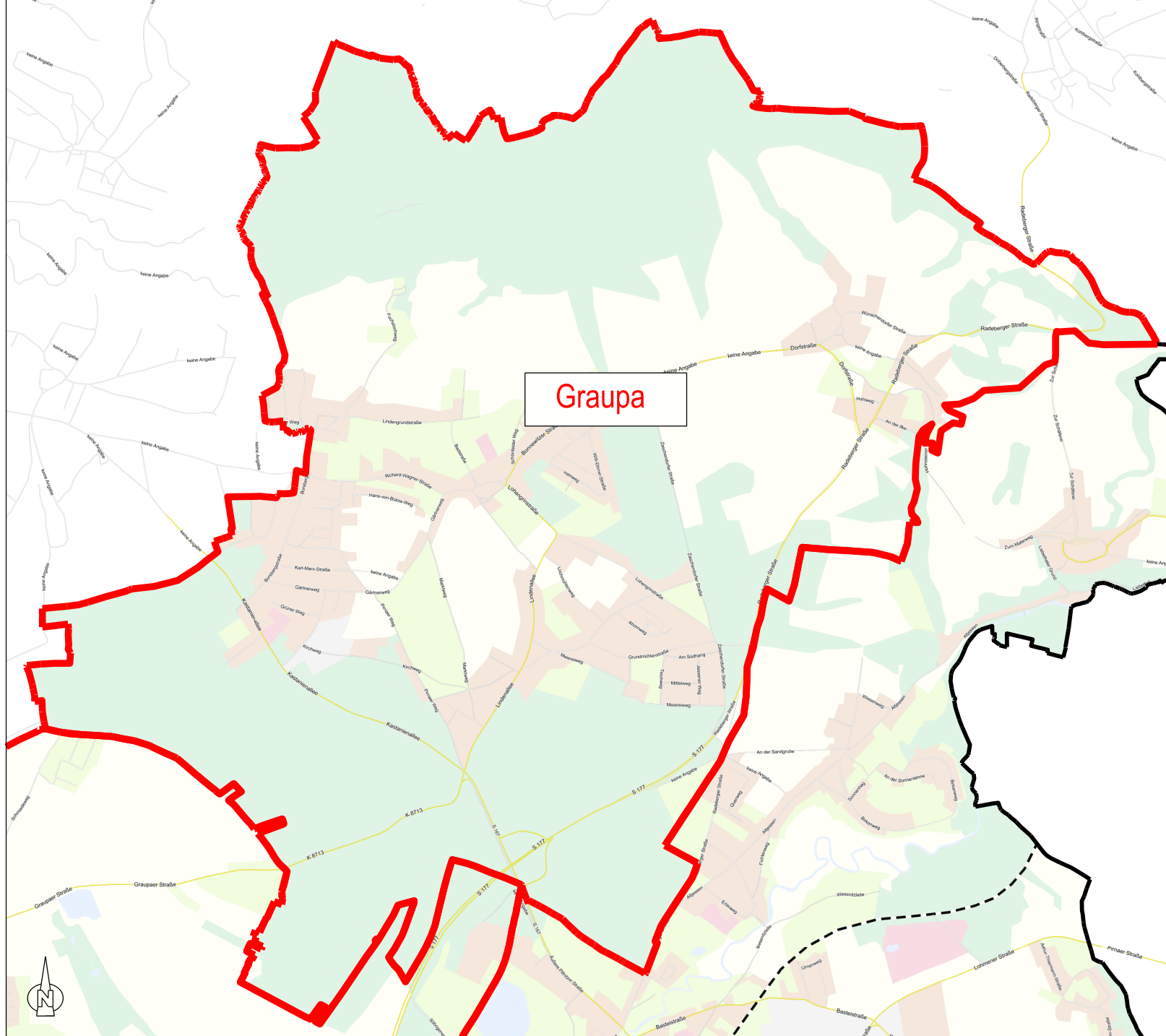




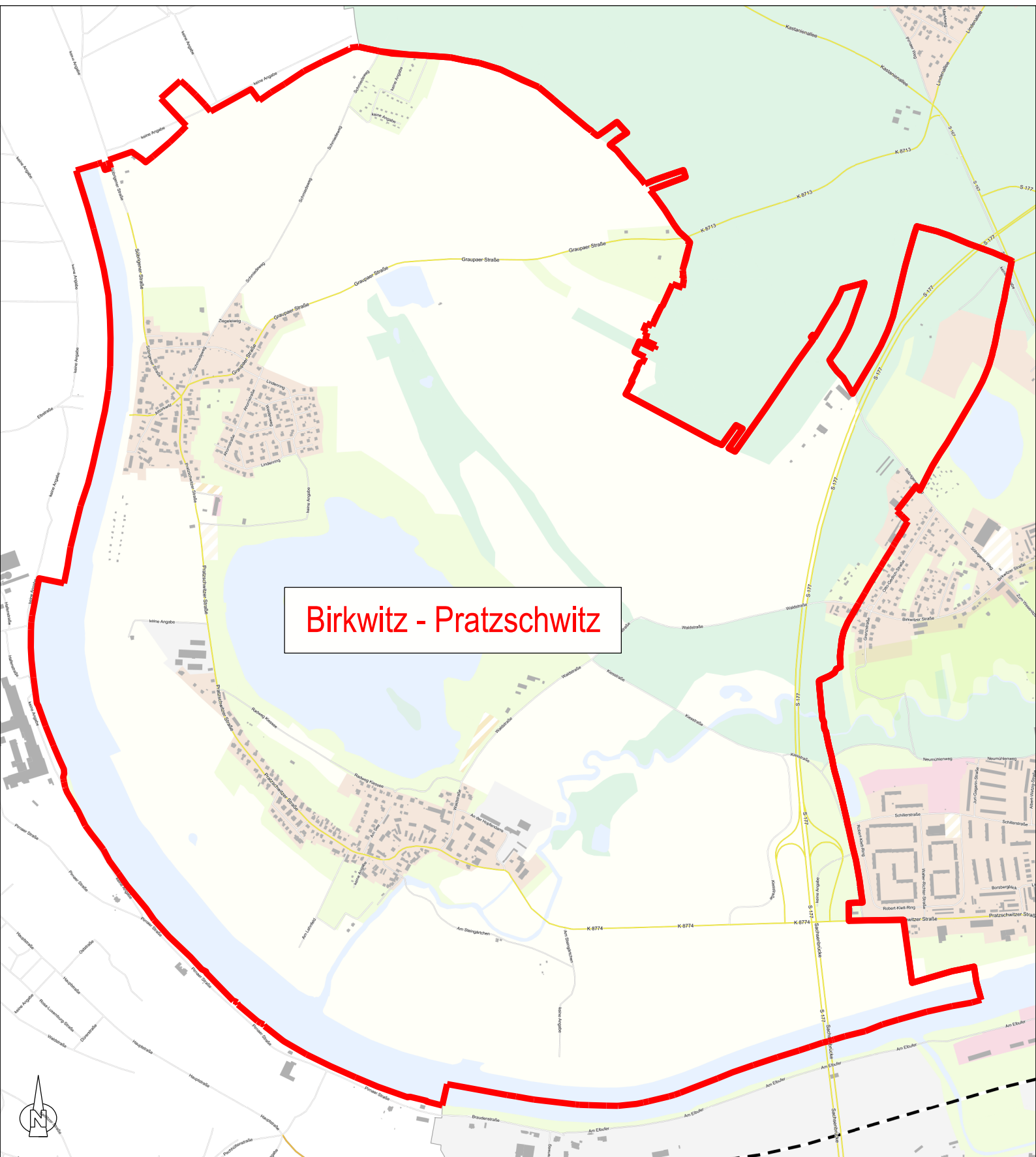








**Stadt Pirna**  
**Grenzen der Ortschaft Graupa**  
Anlage 4 der Hauptsatzung



**Stadt Pirna**  
**Grenzen der Ortschaft Birkwitz - Pratzschwitz**  
Anlage 5 der Hauptsatzung